

**STADT WETTER (RUHR)**

## **Reden der Fraktionen zum Haushalt**

**2015**

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## Fraktion im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)



Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

ich mache mir Sorgen um die Finanzen unserer Stadt.

Wir müssen uns alle Sorgen machen deswegen. Denn die Haushaltslage ist schlecht, schlechter de je.

Das Eigenkapital der Stadt Wetter wies in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 einen Betrag von 86,5 Mio € aus.

Im Haushaltsplanentwurf zum aktuellen Haushalt rechnet der Bürgermeister für 2014 noch mit einem Eigenkapital iHv. 47,4 Mio €. Zum Ende des HSK im Jahre 2022 prognostizieren wir aktuell ein Eigenkapital der Stadt Wetter von knapp 25 Mio €. Immerhin prognostizieren wir für 2022 noch ein Eigenkapital, sind also (noch) nicht überschuldet.

Gut so, aber kein Grund zu zügelloser Freude.

Auch der Schuldenstand entwickelt sich leider nicht in die richtige Richtung. In 2010 hatten wir einen Schuldenstand iHv. 47,5 Mio €. In der letzten Hauptausschusssitzung teilte der Kämmerer einen zum Jahresende prognostizierten Schuldenstand iHv. 60,0 Mio € mit.

Deshalb haben wir bereits vor Jahren einschneidende Maßnahmen ergriffen und in ein Haushaltssicherungskonzept gegossen.

Wir haben die Steuern erhöht.

Die Gewerbesteuer von 450 Punkten in 2010 auf 490 ab 2014.

Die Grundsteuer B von 435 Punkten in 2010 auf ebenso 490 ab 2014.

Wir haben am Personal gespart, also Aufgaben verlagert und Stellen gestrichen, wir haben die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen reduziert, so gut es ging. Möglichst so, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern keine Verschlechterung des status quo Einzug halten sollte.

Vor dem Hintergrund immer neuer, zusätzlicher, Aufgaben, könnte man verzweifeln. Diese haben alle ihre Berechtigung, sie müssen erledigt werden.

Doch eines ist auch klar: sie haben die bisherigen Bemühungen um eine bessere Haushaltslage wieder aufgefressen.

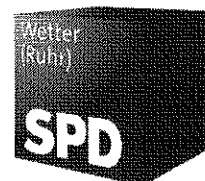
Mehr noch:

Auch die Kosten steigen immer weiter, Tarifierhöhungen und Kostensteigerungen bei Sach- und Dienstleistungen tun ihr Übriges, so dass die Stadt Wetter die Konsolidierung der Kosten in beiden Bereichen nicht durchhalten konnten. Es wird immer schwieriger, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept für 2022 darzustellen, also im Prinzip die Erträge und Aufwendungen in Gleichklang zu bringen.

---

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## Fraktion im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)



Und das vor dem Hintergrund erheblicher Einnahmeerhöhungen bei der Gewinnabführung des Stadtbetriebes ab 2015 sowie der geplanten Abführung der Sparkasse ab 2017 im Entwurf.

Warum wir überhaupt ein genehmigungsfähiges HSK brauchen, will ich nur noch mal kurz darstellen: Ohne HSK muss sich die Stadt Wetter jeden Beschluss mit finanziellen Auswirkungen durch die Aufsichtsbehörde genehmigen lassen. Dann können wir über keine Schule, keine Halle und kein Bad mehr alleine entscheiden, sondern der Euro steht immer, und ich betone, immer, über allem! Es kann keinesfalls unserer Ziel sein, entwickelt zu werden.

Im Hauptausschuss haben wir die 2. Änderungsliste erhalten: Nun sind weitere erhebliche Ausgabeerhöhungen und Einnahmever schlechterungen in den nächsten Jahren gegenüber dem vorgelegten Entwurf zu erwarten.

Und nun?

Auch wenn in Berlin nun ein Gesetz zur Stärkung der Investitionen der Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern eingebracht wurde, ist mehr als fraglich, was davon in Wetter ankommt. Die Einzelheiten erspare ich Ihnen, aber Bund und Länder streiten u.a. über Antragsverfahren und Verteilung. Bereits jetzt ist klar: Verlassen können wir uns nicht wirklich darauf und von Woche zu Woche ändern sich die Wasserstandsmeldungen zur Höhe des Betrages. Unklar ist auch, inwieweit die erhöhten Zahlungen dann auch für die zusätzlichen Aufwendungen auskömmlich sein werden.

Wir haben (geänd. hätten fast) soeben eine Resolution mit großer Mehrheit beschlossen, die Argumente wurden diskutiert. Aber seien wir ehrlich: Resolutionen werden nicht reichen. Resolutionen werden nicht reichen für eine genehmigungsfähiges HSK im Jahr 2022.

Es gibt im Prinzip nur 2 Möglichkeiten: Erträge erhöhen oder Aufwendungen weiter reduzieren.

Am besten beides!

Zu den Erträgen:

- Bei der Gewerbesteuer liegt die Stadt Wetter im EN-Vergleich schon sehr hoch. Das kann man im Vorbericht des Entwurfes nachlesen. Diese Einnahmen sind u.a. konjunkturell bedingt stark schwankend.  
Insofern kommt hier allenfalls eine moderate Erhöhung in Betracht, um den Unternehmen hier nicht das Wasser abzugraben, weitere Ansiedlungen nicht zu erschweren oder Abwanderungsgedanken das Wort zu reden.
-

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)



Es gilt aber auch, das Gewerbegebiet „Am Stork“ endlich zu entwickeln. Entgegen aller Unkenrufe steht die Finanzierung des Storks nach Ansicht der SPD – Fraktion auf soliden Füßen. Durch den Stork sichern wir die Ansiedlungsperspektive für Wetter.

Wir sorgen dafür, dass Arbeitsplätze entstehen bzw. in Wetter gehalten werden können. Wir wollen und wir werden dafür sorgen, dass attraktive Firmen sich ansiedeln werden, die dann auch Steuern zahlen werden.

- Bei der Grundsteuer B wird durch die Verwaltung ein Hebesatz von letztendlich 660 Punkten vorgeschlagen, eine Erhöhung um insgesamt 170 Punkte zum aktuellen Steuersatz.

Aber was bedeutet das? Bei einer solchen Erhöhung handelt es sich insgesamt um eine Erhöhung um 34,7 % im Zeitraum bis 2022. Und auf diesem Niveau geht es dann so weiter, auch wenn festzuhalten ist, dass ca. 60 Punkte jetzt und in Zukunft auf die Straßenreinigung und den Winterdienst entfallen.

Ich frage: 34,7 %? (Pause) Ist das tatsächlich ein vertretbarer Ausweg aus unserer Misere?

Diese Erhöhungen der Grundsteuer B sind in ihrer Konsequenz unsozial, da sie alle Bürger entsprechend des Steuermessbetrages für ihre Wohnung gleichermaßen treffen. Das heißt: eine Mieterhöhung für alle! Es gilt, diese Erhöhungen zu minimieren bzw. zumindest im Zaum zu halten.

Ganz offensichtlich bin ich nicht von allen richtig verstanden worden, als ich im Hauptausschuss gesagt habe:

„Wir werden in den nächsten Wochen mit den Bürgern darüber diskutieren müssen, ob welche Steuererhöhungen akzeptabel erscheinen bzw. an welchen Stellen man am ehesten Abstriche nachvollziehen kann.“

Und das auch über diese Haushaltsberatungen hinaus.

Und damit bin ich bei den Aufwendungen:

Beim Personal und bei den Sach- und Dienstleistungen haben wir, wie ausgeführt, seit Jahren den Daumen drauf.

Was bleibt?

- Wir haben uns in mehreren interfraktionellen Runden getroffen. Erstmals in dieser Form! Ja, wir haben uns auch durch die Verwaltung darlegen lassen, welche wirtschaftlichen Konsequenzen theoretisch im Falle des Falles entstünden. Das, so finde ich, ist eine sachgerechte Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten, die wir überhaupt beeinflussen können. Interfraktionelle Runden sind der richtige Weg.

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## Fraktion im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)



- Ich glaube, niemand hatte wirklich erwartet, dass wir uns im Rat ab sofort in allem einig werden und nur noch einstimmige Entscheidungen treffen. Das ist auch nicht wirklich erstrebenswert. Allerdings hätte ich mir in den interfraktionellen Runden mehr Ergebnisse im Rahmen gemeinsamer sachgerechter Überlegungen gewünscht. Mir persönlich war da zu viel Taktiererei Einzelner. Auch weiß ich bis heute leider nicht von der ein oder anderen Fraktion, wie sie überhaupt zum Haushalt steht. Muss ich auch nicht, werden wir ja alle gleich erfahren, aber das Ziel, gemeinsame Anträge auf den Weg zu bringen, ist damit weitestgehend verfehlt. Dann sollte man, meine Damen und Herren auch nicht vorher so tun, als ob ...
  - Bei den Grundschulen sind alle Fraktionen im Prinzip darüber einig, dass wir bei knapp über 200 Schülern eines Schulanfängerjahrganges und 7 Schulstandorten ein durchaus überbordendes Angebot an Schulstandorten anbieten. Die Standorte sind meistens nicht ausgelastet. Nur kaum einer hat das in der Vergangenheit laut ausgesprochen. Mancher scheinbar heute noch nicht. Nun will die SPD nicht von heute auf morgen bestimmen, dieser oder jener Standort sei schon heute überflüssig, sondern wir werden gemeinsam mit der FDP beantragen, ab 2020 einen Betrag von 75.000 € in das HSK einzustellen, um zu dokumentieren: Ja, wir müssen und wir wollen die Grundschulstandorte bei gleichbleibender Entwicklung der Schülerzahlen bis 2022 auf höchstens 5 Standorte reduzieren. Mit diesem Betrag lässt sich kein Rückschluss auf einen bestimmten Standort machen, ganz mit Absicht, denn heute ist noch nicht zu sagen welcher weitere Standort verzichtbar ist. Und ganz wichtig: Eine Entscheidung darüber wird nicht über den Kopf der Eltern und der Schulleitungen hinweg getroffen.  
Durch die tatsächliche Reduzierung eines weiteren Standortes wird ein noch höherer Betrag als der jetzt beantragte realisiert werden können.  
Darüber hinaus werden wir beantragen, Investitionen wie die Errichtung eines Werkraumes in der GS Esborn für 40.000 € zurückzustellen. Auch dadurch ist ein Rückschluss auf einen bestimmten Standort unzulässig, da wir auch beantragt hätten, die Asphaltdecke bei der kath. GS in Alt-Wetter für 8.500 € zurückzustellen. Diese Maßnahme ist jedoch aus Verkehrssicherungsgründen unverzichtbar. Mithin werden wir auf diesen Antrag verzichten.
  - Bzgl. der Spielplätze favorisieren wir die Zahlen aus dem HSK. Es wird schwierig genug werden, diese zu erreichen. Doch die SPD-Fraktion ist auch zuversichtlich, dass das im JHA beschlossene Konzept nachhaltig wirken kann, unsere in die Jahre gekommenen Spielplätze insgesamt aufzuwerten und nach vorne zu bringen.  
Ohne die endgültige Aufgabe von Spielplatzflächen wird es jedoch nicht gehen.  
Ohne die weitere Aufgabe von Spielplätzen leider auch nicht. Allerdings ist die teilweise Reinvestierung von Erträgen zukunftsweisend. Qualität vor Quantität ist das Stichwort. Die Alternative ist die weitere Sperrung von Spielgeräten bzw. von
-



Spielplatzteilflächen aufgrund von Sicherheitsbedenken und das ist für die SPD keine Alternative!

- Bei unseren Mehrzweckhallen ist festzustellen:

Die SPD – Fraktion steht hinter dem Stadtsaal. Und auch hinter unserem Kulturdienstleister, der Lichtburg.

Genauso wie hinter der Elbschehalle. und dem Elbschehallenverein.

Wir werden an beiden Hallen festhalten, denn das ehrenamtliche Engagement der Menschen, die die Hallen betreiben und der Menschen, die sie für ihre Vereinstätigkeit nutzen, macht unsere Stadt Wetter erst lebenswert. Trotzdem müssen wir die Möglichkeiten ausloten, zu einer Reduzierung der Zuschüsse und damit der städtischen Aufwendungen zu kommen.

Insofern werden wir gemeinsam mit der FDP beantragen, einen Betrag von 20.000 € ab 2018 in das HSK unter Mehrzweckhallen einzufügen, um den möglichen Entwicklungen beim Stadtsaal, ggf. Dritte mit ins Boot zu nehmen, bzw. bei der Elbschehalle Rechnung zu tragen. Bei welcher Halle dieser Betrag einzusparen sein wird, muss zu gegebener Zeit entschieden werden.

Auch hier gilt: im Zweifel können eher mehr Aufwendungen eingespart werden. Investitionen in den Stadtsaal werden wie beschlossen in prognostizierter Höhe erforderlich sein. Und die SPD wird sie mittragen.

Zudem werden wir beantragen, den befristeten Zuschuss an die Lichtburg (bisher 25.000 €) ab 2015 auf 20.000 € deckeln. Die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass dieser Schritt für die wichtige Kulturarbeit in Wetter, die darüber hinaus mit weiteren 42.000 € an die Lichtburg bezuschusst wird, verkraftbar ist. Dieser Zuschuss soll für die nächsten 5 Jahre festgesetzt werden. Auch der Zuschuss an den Elbschehallenverein soll auf 5 Jahre festgesetzt werden. Dies bedeutet, dass aber auch eine Erhöhung über die bisherigen Vereinbarungen hinaus nicht in Betracht kommt.

- Damit bin ich bei unseren Bädern:

Wir haben bereits vor längerer Zeit einen Beschluss für unser Hallenbad gefasst, denn Bäder sind ein wichtiges Element der Daseinsvorsorge von Kommunen.

Wir haben und wir werden weiter in unser Hallenbad investieren. Aber wir müssen uns auch fragen lassen: Können wir es uns wirklich auf Dauer leisten, ein Freibad bei einer knapp 3-monatigen Öffnung mit ca. 135.000 € zu bezuschussen? Das bedeutet für jeden einzelnen Besucher des Freibades in 2014 unabhängig von den Eintrittsgeldern einen zusätzlichen Zuschuss von mehr als 10 € aus städtischen Mitteln.

Wir werden heute trotzdem nicht beantragen, die Schließung des Freibades in unser HSK zu schreiben. Aber wir alle müssen mit den Bürgerinnen und Bürgern

---

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)



diskutieren, ob es angesichts der desolaten Haushaltssituation der Stadt Wetter nicht doch sinnvoller ist, das Freibad auf Dauer aufzugeben.

Zumal ebenso klar ist, dass erhebliche Investitionen in das Freibad erforderlich sind, um den status quo beizubehalten. Wir in Wetter werden uns entscheiden müssen, wie wichtig uns das eigene Freibad wirklich ist: Die nächste Gelegenheit dazu ergibt sich bereits zum Ende dieses Jahres, wenn wir den Haushalt für 2016 beschließen wollen. Einen entsprechenden Antrag behalten wir uns für 2016 vor.

Die SPD wird sich nach der beantragten breiten Diskussion im Fachausschuss auch dem direkten Kontakt mit Trägerverein und Nutzern stellen, denn der ehrenamtlichen Leistung, die hier erbracht wird, zollen wir großen Respekt.

Natürlich werden wir die in den vergangenen Jahren eingeleiteten zukunftsorientierten Entwicklungen fortführen:

- Hier ist vor allem die Stadtentwicklung zu sehen: Die Entwicklung einer lebendigen, attraktiven Innenstadt im Bereich der Kaiserstraße zwischen dem Kreisel vor dem Ruhrtal-Center und dem Kreuzungsbauwerk hat für die SPD in den kommenden Jahren weiterhin erste Priorität.  
Hier ist weiterhin die Förderung der Ortszentren zu nennen, da sind wir in letzter Zeit ein gutes Stück weiter gekommen.  
Hier ist der Seeplatz zu nennen: das „Friedrich“ kommt wie versprochen und wird in den nächsten Tagen öffnen.
  - Hier ist der Ausbau der Sekundarschule zu nennen, dessen Richtfest wir in diesen Tagen feiern durften. Ich erinnere daran, dass wir nur mit dem Anbau die Möglichkeit hatten, das Konzept der Sekundarschule umzusetzen und alle Bildungsabschlüsse in Wetter zu ermöglichen.
  - Hier ist das Präventionskonzept „Frühe Hilfen“ zu nennen, dass dazu geeignet ist, junge Eltern nachhaltig zu unterstützen.
  - Hier ist der U3 Ausbau zu nennen, bei dem wir mit der neuen Kindertagesstätte im Schöntal neue Grundlagen für zukünftige Entwicklungen legen wollen.  
Durch die Zusammenlegung des Reuterhauses und des Harkorthauses besteht einmalig die Gelegenheit, sich von unabweisbaren Investitionen im Harkorthaus zu lösen, nur unwesentlich höhere Zuschüsse an den Träger zahlen zu müssen und gleichzeitig die Möglichkeit zu haben, den U3-Ausbau in Zukunft weiterentwickeln zu können.
-

# Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Fraktion im Rat der Stadt Wetter (Ruhr)



Denn sicher ist, dass sich junge Familien mehr und mehr auf diese verbesserte Betreuungssituation einrichten und auch in Zukunft mehr Familien einen Bedarf bzgl. eines U3 Platzes haben werden.

- Hier ist unser im Hauptausschuss beschlossenes Konzept zur Weiterentwicklung der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu nennen. Hin zu mehr aufsuchender Arbeit, näher ran an die Zielgruppe lautet dabei das Motto.

Was bleibt nun?

Steuererhöhungen? Ja, ohne Steuererhöhungen in erheblichem Umfang wird es nicht gehen.

Die SPD unterstützt das vom Bürgermeister vorgelegte Haushaltssicherungskonzept.

Auch durch unsere zusätzlichen Vorschläge werden die Steuersätze, die wir 2015 in das HSK schreiben müssen, nicht nachhaltig beeinflusst.

Aber wir sind auch nicht bereit – können auch nicht bereit sein – alles über Bord zu werfen, denn am Ende ist klar, zu welchem Preis das geschieht. Steuererhöhungen wären durch welchen Schließungsbeschluss auch immer nicht zu verhindern und alles, was einmal geschlossen ist, bleibt dann auch dauerhaft geschlossen.

Wir werden bedingt durch unsere zusätzlichen Vorschläge beantragen, eine Erhöhung der Grundsteuer B um 10 Punkte weniger, also ab 2019 lediglich auf 560 Punkte vorzunehmen. In den Folgejahren ergeben sich Steigerungen entsprechend der vorgeschlagenen Steigerungspunkte ab 2020 auf 590 Punkte, ab 2021 auf 620 Punkte, ab 2022 auf 650 Punkte.

Tatsache ist, dass wir immer wieder von äußeren Einflüssen betroffen sind, ohne dass wir selbst großen Einfluss auf diese Entwicklungen haben. Das bestehende HSK steht insofern auf inzwischen wackeligen Füßen. Die Risiken von höheren Transferaufwendungen sind nicht von der Hand zu weisen. Weitere Aufgabenübertragung an die Kommune ohne auskömmliche Finanzierung können ebenso nicht ausgeschlossen werden.

Insofern gilt es, sorgsam darauf zu achten, dass wir bei allen Entscheidungen, heute und in Zukunft, das HSK im Blick halten und darauf schauen, was am Ende, also 2022, dabei herauskommt. Auch bei schwierigen und vielleicht auch schmerzhaften Entscheidungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen alle gemeinsam kämpfen, den Kopf über Wasser zu halten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

---



Entwurf der Rede zum

# Haushalt 2015

des Vorsitzenden der *CDU*-Fraktion

**Gerhard Strümper**

Es gilt das gesprochene Wort!

Abdruck – auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der *CDU*-Wetter (Ruhr)

Sehr geehrte Einwohnerinnen und Einwohner,  
sehr geehrte Ratsdamen und Ratsherren,  
sehr verehrte Dame und sehr geehrte Herren der Verwaltungsspitze, allen voran,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir reden seit einigen Jahren darüber, dass die Kommunalfinanzierung in Schieflage gekommen ist. Immer mehr Aufgaben werden den Kommunen zugeschoben, ohne für entsprechende finanzielle Ausstattung zu sorgen. Ja, liebe Wetteranerinnen und Wetteraner, es ist schon richtig, dass uns unser Vater Bund und unsere Mutter Land immer mehr abverlangen, ohne auch die Kosten zu tragen. Nach der Landesverfassung ist unsere Rabenmutter eigentlich auch verpflichtet, – um im Bild zu bleiben – uns „ausreichend“ zu säugen.

Aber in der Politik ist es so wie in jedem Unterhaltsprozess. Wie zwischen Eltern und Kindern gibt es auch hier unterschiedliche Auffassungen darüber, was „ausreichend“ ist. Der Bedürftige hält es für zu wenig, für den Gebende ist der geforderte Betrag viel zu viel. Letztendlich muss sich jedoch der Bedürftige solange damit abfinden und – was wichtiger ist – auch damit auskommen, was er bekommt, bis man sich geeinigt hat oder das Gericht entscheidet.

Dazu kommt dann noch die böse „Stiefschwester“. Damit meine ich den Kreis, der von den ihm angehörenden Städten durch Umlage finanziert wird. Wie ist es vor diesem Hintergrund vertretbar, dass der Ennepe-Ruhr-Kreis seine allgemeine Rücklage, also das eigene Sparbuch, durch die Gründung einer Kreisholding um rund 30 Millionen Euro aufstockt, ohne die Städte entsprechend zu entlasten. Die CDU-Fraktion hat im Kreistag hierzu eindeutig Position bezogen und fordert eine Entlastung der Kommunen des Ennepe-Ruhr Kreises. Vergebens dank der Fraktionen, denen die eigene Geldbörse im Kreis näher ist als die Solidarität mit ihren kreisangehörigen Städten.

Was bedeutet dies für uns. Wir in Wetter müssen den Gürtel enger schnallen und die Ausgaben minimieren.

Dass dies auch von unserem werten Herrn Bürgermeister so gesehen wird, davon gingen wir am 16. Dezember 2014 aus. Aus seinem Munde hörten wir zur Aufstellung des Haushaltes hier im Veranstaltungssaal der Sparkasse solch salbungsvolle Sätze wie:

„Wir sind an einem Punkt, an dem wir exakt zwei Möglichkeiten haben: Gemeinsames Handeln zum Wohle unserer Stadt und zur Zukunftssicherung unserer Gemeinschaft oder das Beharren auf festgefügte Meinungen und Einzelinteressen.

Kompromisse einzugehen mag an manchen Stellen wehtun, ist aber Kernstück unserer Demokratie.

Verzicht auf liebgewonnene und über Jahre gepflegte Positionen und Zustimmung zu schmerzenden Abstrichen – und das ist nicht einfach und fordert jeden Einzelnen von uns. Alles muss auf den Prüfstand.

Aber nur wenn Jeder auf Etwas verzichtet, gewinnt die Gemeinschaft, gewinnt Wetter.“

Heute wissen wir, auf was Jeder in Wetter verzichten soll. Neben Kleinigkeiten, wie einer Verringerung von Öffnungszeiten des Hallenbades am Wochenende, soll jeder auf sein sauer verdientes Geld verzichten. An Altem wird festgehalten und Kompromisse werden ausgeschlossen.

Nehmen wir Sie beim Wort Herr Bürgermeister: Da Kompromisse einzugehen für Sie Demokratie bedeutet, soll wohl durch die Kompromisslosigkeit die Demokratie mit Füßen getreten werden.

Alle Fraktionen haben daran geglaubt, dass das Angebot zu gemeinsamen Gesprächen der Kompromissfindung und damit der Lösung von unseren Problemen dienen sollte. Um hier offen und ehrlich über alles reden zu können, wurde zunächst Stillschweigen vereinbart. Als Demokraten gingen wir auch davon aus, dass dann die Lösungsansätze offen und ehrlich in den Ausschüssen und damit mit den Bürgern diskutiert werden sollten.

Bevor jedoch eine Meinungsfindung und eine tatsächliche Diskussion erfolgen konnte, konnte schon der Presse entnommen werden, wie sich die einzelnen Institutionen zu möglichen Sparansätzen stellen.

Natürlich hätte der ein oder andere schon auf den Gedanken kommen können, dass in Anbetracht des von ihm benötigten Kostenapparates auch seine Stellung in der Stadt diskutiert wird. Verwundert und verärgert hat uns dann allerdings, dass in der Regel hier auch sofort die Stellungnahme und die Bestandsgarantie der SPD abgedruckt war. – Also im Ruhigen sich die Vorschläge anhören und mit viel Radau unerwünschte Ansätze zum Sparen vernichten!

Damit liest sich für die die CDU-Fraktion der von Ihnen, Herr Bürgermeister bereits zitierte Satz „nur wenn Jeder auf Etwas verzichtet, gewinnt die Gemeinschaft, gewinnt Wetter“ richtig wie folgt: „Nur wenn alle anderen auf etwas verzichten, Ihre Pfründe aber beibehalten werden, gewinnt die Gemeinschaft, die Gemeinschaft der SPD!“

Gut, dann behalten wir halt all die Pfründe der SPD. Da das Schließen von Gebäuden nur Vermögen verzehrt, stecken wir doch noch weiteres Geld hinein, schmeißen wir also doch gutes Geld bösem Geld hinterher – wir schauen ja alle nur auf den Ausgleich des Haushaltes im Jahr 2022 – ein Leben in Wetter nach 2022 interessiert nicht!

Da macht die CDU-Fraktion nicht mit. Für uns gilt: Wenn ich das Geld nicht habe, um mein altes Auto fahrtüchtig zu halten, dann muss ich es stilllegen und ggfls. auch

verkaufen. Auch von Fehlinvestitionen muss ich mich trennen, anstatt hier weiter teures Geld hinein zu stecken.

Ach ja, wollen wir in diesem Zusammenhang nicht verhehlen, dass tatsächlich auch die Mitglieder der SPD-Fraktion sich mit der Schließung und Aufgabe eines städtischen Gebäudes hätten anfreunden können. Für sie und für eine weitere Fraktion schien es eine super Idee zu sein, die Haushaltsmittel für eine gut laufende Schule ab 2019 zu streichen.

Natürlich ist diese Schule nur einzügig, mehr Kinder passen halt nicht in das zur Verfügung stehende Gebäude. Jedes Jahr müssen Kinder nur wegen der fehlenden Klassenräume abgewiesen werden. Sorry – natürlich sollen nicht die Mittel für die Schule, sondern für den Unterhalt des Gebäudes gestrichen werden.

Aber sind wir einmal ehrlich: Dies erkennt man erst im Haushalt des nächsten Jahres und dann ist dies gleichbedeutend damit, dass nicht das Schulgebäude, sondern die Schule aufgegeben wird. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Haushaltsmaßnahme, sondern um einen ideologischen Wunsch. Uns wurde nämlich auch die Frage gestellt, wozu man in einem Ortsteil neben einer Gemeinschaft-Grundschule eine konfessionelle Schule brauche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne uns, der Partei mit dem „C“ im Namen. Gebt uns öffentlich und offiziell eine Bestandsgarantie für diese Schule, gebt ihr ein anderes, größeres Gebäude, dann können wir auch über das derzeitige Gebäude sprechen.

Und dann gab es ja auch noch den Ansatz, um sich auf dem Feld des Haushaltes nicht als „Looser“, sondern als „Kümmerer“ darzustellen, hier und da ein paar tausend Euro zu streichen und diese pauschale Streichliste für die kommenden Jahre ins Haushaltssicherungskonzept aufzunehmen.

Dies hätte jetzt auch noch als „gemeinsamer Antrag“ zu Toresschluss erfolgen sollen. Da stellten wir uns die Fragen, ob dies wieder ohne eine Diskussion in der Öffentlichkeit erfolgen soll und ob Sie ernsthaft auf diesem kalten Weg Ihre zuvor den Ehrenamtlichen erteilte Patronatserklärung widerruft und letztendlich damit auch das Ehrenamt demontieren wollen? Die Lasten der heute noch eingestellten „Einsparungen“ wären (sind) zukünftig von den Ehrenamtlichen, die bereits jetzt viel Arbeitszeit und Geld dem Allgemeinwohl zur Verfügung stellen, zu stemmen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sieht so sparen aus?

Wir sagen dazu: es ist beschämend und unverantwortlich, wenn den Vereinen die Luft zum Atmen genommen und abgewartet wird, bis es einem Verein aus eigener Kraft nicht mehr kann.

Zusammenhalt, Verständigung, Miteinanderauskommen: All das geschieht nicht von allein. Dafür muss man etwas tun. Unsere Gesellschaft lebt von denen, die sehen, wo sie gebraucht werden, die nicht lange überlegen, sondern handeln. Ohne die Ar-

beit der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wäre unsere Stadt erheblich ärmer an Gemeinsinn.

Der Dank der CDU-Fraktion sei allen ehrenamtlich tätigen Personen hiermit ausgesprochen, gleichgültig, ob sie in Vereinen, bei der Feuerwehr, privat, z.B. als Betreuer oder in der Pflege, oder sonstwie zum Wohl eines anderen und der Gemeinschaft tätig sind.

Kommen wir aber zurück zum Haushalt.

Wir sollen also nach dem Wunsch vieler Ratsmitglieder in diesem Raum weiter auf großem Fuß leben. Was interessieren uns wirtschaftliche Betrachtungsweisen. Wir können uns ja selbst Geld drucken – äh, den Bürger zur Kasse bitten. Egal ob er nicht liest, egal ob er die Kultur im Stadtsaal nicht nutzt, egal ob er nicht schwimmen gehen will, egal ob nicht – egal was nicht, aus Solidarität hat er zu zahlen! Wir erhalten alles zu jedem Preis – der Bürger zahlt es ja.

Und wie der Bürger zahlen soll, das haben Sie uns dann mit der 2. Änderungsliste mitgeteilt: Das Zauberwort für Sie lautet „Steuererhöhung!“

Und was soll er zahlen? Im Dezember wurde noch davon gesprochen, dass der Hebesatz der Grundsteuer B bis 2022 „nur“ auf 630 Punkte angehoben wird. Nach der 2. Änderungsliste waren es dann 660 Punkte und der Hebesatz der Gewerbesteuer wuchs zusätzlich noch um weitere 20 Punkte auf 510 Punkte. Ohne die gleichzeitige Erhöhung der Gewerbesteuer müsste nach Auskunft des Kämmers nämlich der Hebesatz der Grundsteuer B auf 740 oder gar auf 750 Punkte angehoben werden, und das ist selbst der Verwaltung und ihrem Vorsitzenden zu viel. Was zählen da dann noch die gebetsmühlenartig immer wieder vorgetragenen vollmundigen Bekundungen von Ihnen, Herr Bürgermeister, dass der Hebesatz der Gewerbesteuer grenzlastig sei und nicht erhöht werden dürfe? Aber wir kennen ja alle den Spruch: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern.

Viele Kinder haben gerade zu Ostern ein Ü-Ei, also ein Überraschungs-Ei erhalten. Wir durften uns an den Überraschungen des Haushaltes erfreuen. Ohne jedweden Hinweis darauf im Ausschuss oder dem Vorbericht fanden wir plötzlich und vollkommen unerwartet im Dickicht der vielen Zahlen die Kosten für eine weitere Aufstockung der Schule am See für weitere 1,16 Mio EURO. Da mag sich vielleicht jemand beim Aufstellen des Haushaltes gedacht haben: Versuchen wir es einfach einmal, sollen die .... Politiker es doch erst einmal finden.

Gut – dieser Taschenspielertrick wurde von uns gefunden und dann auch auf unseren Antrag hin sofort einvernehmlich ohne weitere Diskussion schnell aus dem Haushalt genommen. Versuchen wir es halt im nächsten Jahr wieder. Aber, der Presse sei hier ausnahmsweise auch einmal von uns gedankt, wurde auch dies aufgegriffen und in der letzten Woche in die Öffentlichkeit getragen.

Bei dieser Gelegenheit: Nachdem der jetzige Umbau abgeschlossen ist, im nächsten Jahr wieder zu bauen, ist für die Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler nicht zumutbar.

Wo ist im Übrigen der Bericht über einen weiteren Raumbedarf für die anderen Schulen, die Inklusion wird z.B. an den Grundschulen schon seit Jahren praktiziert, ohne, wie es uns Politikern bekannt ist, dass hier weiterer Raumbedarf abgefragt oder angemeldet wurde.

Abschließend gestatten Sie uns, jetzt auch den Blick noch einmal auf das Jahr 2022 werfen. Im vorliegenden Entwurf des Haushaltes avisierte unser Kämmerer für dieses Zieljahr, in dem ein ausgeglichener Haushalt vorliegen muss, einen Überschuss von gerade einmal 237.000 €. Nach der 2. Änderungsliste waren es dann nur noch 116.835 €. In der 3. Änderungsliste, die uns seit Montagabend vorliegt, wird vorsorglich keine Entwicklung bis 2022 mitgeteilt. Bleiben wir also beim Überschuss der 2. Änderungsliste von etwas unter 117.000 €. Da muss doch nur ein Sandkorn ins Getriebe kommen und dieser „sagenhafte“ Überschuss ist passé.

Hier sei dann nur darauf hingewiesen, dass der Kämmerer schon seit geraumer Zeit in seinen monatlichen Berichten zur Haushaltsentwicklung immer wieder darauf hinweist, dass der im Haushalt vorgesehene Ansatz zur Grundsteuer B nicht erreicht wird. Im Bericht vom 10.03.2015 lag dieser Fehlbetrag bei moderaten 117.000 €. Wir erinnern uns an dieser Stelle daran, dass der Überschuss im Jahr 2022 bei unter 117.000 € liegen soll. Damit wird doch schon durch die Ausfälle der Grundsteuer B in diesem Jahr aus dem Überschuss im Jahr 2022 eine rote Null. Die Ausfälle der Folgejahre sind hier nicht einmal berücksichtigt.

Ungewissheiten resultieren auch aus den städtischen Projekten „Superkindergarten“ und dem „Gewerbegebiet am Stork“. Hier sind im Haushalt hohe Einnahmen berücksichtigt. Im Gegenzug wird von nur geringen Kosten geschwärmt Dank einer Investorenlösung.

Seit Jahren wird davon geträumt, aber konkrete Interessenten und deren Wirtschaftskonzepte werden uns nicht benannt, so dass wir davon ausgehen müssen, dass es Investoren auch gar nicht gibt. Also keine Einnahmen – also kein Überschuss – also kein Ende von der Grundsteuerspirale für den Bürger!

Damit stellen wir uns die Frage: Wollen die Bürger wirklich in der Mehrzahl weiter Langusten essen anstatt sich auf Rollmöpfe zu beschränken? Die Frage muss jeder für sich entscheiden. Wir haben uns entschieden und sagen zu dem vorliegenden Haushalt somit **NEIN!**

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn damit aus unserer Sicht die Verwaltung ihrer Aufgabe, uns einen für das Jahr 2022 ausgeglichen Haushalt vorzulegen, nicht nachgekommen ist, möchten

sich die CDU-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Wetter (Ruhr) bedanken. Die CDU-Fraktion weiß, was sie auch in diesem Jahr wieder leisten mussten und auch zukünftig leisten müssen. Dafür verdient die Belegschaft der Stadt Wetter (Ruhr) unseren Respekt und unsere Anerkennung.

Auch bei Ihnen, liebe Ratskolleginnen und –kollegen, bedankt sich die CDU-Fraktion für die größtenteils konstruktive und sachliche Gesprächsführung im abgelaufenen Jahr.

Und zu guter Letzt:

Herzlichen Dank für Ihr Gehör.

Sehr geehrte BürgerInnen und Bürger,

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates und der Verwaltung,

Der Haushalt 2015 und seine Entstehungsgeschichte sind indifferent. Man weiß gar nicht so genau, woran man eigentlich ist. Alles beim Alten oder alles ganz anders? Besonders viel oder besonders wenig Diskussion? Gekungel hinter verschlossenen Türen oder breiter Konsens und Ringen um eine Einigung im Sinne der Stadt?

Fangen wir an mit dem, was anders ist als in den letzten Jahren.

Es ist April und wir haben noch keinen beschlossenen und schon gar nicht einen genehmigten Haushalt. Eigentlich müssten wir den Haushalt schon im November beschlossen haben. In diesem Jahr wird schon fast das halbe Jahr rum sein, bis wir die vorläufige Haushaltsführung verlassen. Und der Hinderungsgrund, früher über den Haushalt zu beschließen, ist immer noch nicht ausgeräumt. Das Land bzw. die Bezirksregierung hat angekündigt, den Haushalt 2015 erst zu genehmigen, wenn die fehlenden Jahresabschlüsse vorliegen und geprüft sind, was ja bekanntlich noch nicht der Fall ist. Auf die leidige Diskussion darum, dass wir die Jahresabschlüsse für 2009 und 2010 quasi nur nachrichtlich durchwinken, und das in Zeiten, wo offenbar nicht alles nur ganz rund gelaufen ist, möchte ich hier gar nicht eingehen. Indem wir jetzt und nicht erst nach Prüfung der Abschlüsse über den Haushalt beraten, machen wir als Rat jedenfalls ein großes Zugeständnis, damit die Verwaltung nicht erst im letzten Quartal 2015 mit diesem Haushalt arbeiten kann

Anders ist auch, dass sich noch größere Lücken zum Haushaltsausgleich aufgetan haben. So groß, dass sich daraus – und aus dem schlechten Ergebnis aus 2014 – die dritte große Änderung ergeben hat:

Wir haben in diesem Jahr ein Experiment gewagt indem wir einen gemeinsamen Weg mit allen Fraktionen gesucht haben. Wir haben uns in interfraktionellen Sparrunden Woche für Woche mit der Verwaltung zusammengesetzt und haben den Haushalt gemeinsam durchgesprochen, um nach Entlastungsmöglichkeiten zu suchen.

Das Resumee dieses Experiments fällt durchwachsen aus.

Wir haben in großer Offenheit und ohne Tabus Probleme und mögliche Lösungen angesprochen. Wir haben dabei festgestellt, dass uns zu vielen Entscheidungen belastbare Zahlen und Informationen fehlten. Das ist wiederum nicht neu. Wenn wir darüber entscheiden wollen, ob es sinnvoll und wirtschaftlich ist, Veranstaltungsräume wie den Stadtsaal und die Elbschehalle weiter zur Verfügung zu stellen, wollen wir nicht aus dem Bauch heraus entscheiden, ob wir sie weiter behalten wollen oder nicht. Wir müssen dazu die Auslastung und die Erfordernisse für verschiedene Veranstaltungen kennen, um abschätzen zu können, ob ein ähnliches Veranstaltungsniveau in Wetter auch mit weniger Räumen aufrecht erhalten werden kann. Wir müssen ferner wissen, welche Belastungen mit dem weiteren Betrieb verbunden sind und was wir an Fördermitteln zurückzahlen müssen, um für jedes Jahr errechnen zu können, ob die Schließung von Einrichtungen einen wirtschaftlichen Vorteil erbringt oder nicht. Erst auf dieser Grundlage können wir dann verantwortlich eine politische Entscheidung fällen.

Das klingt eigentlich banal. Für uns war es aber immer schwierig, die für ein solches Vorgehen notwendigen Informationen zu erhalten. In den interfraktionellen Haushaltsgesprächen haben wir deutlich mehr Informationen bekommen als bisher. Manches aber auch nicht und manches erst sehr spät.



Wir haben weiterhin festgestellt, dass wir zu vielen Fragen keine langfristigen und nachhaltigen Konzepte haben. Wenn wir Geld in Gebäude stecken, sollten wir eigentlich vorher wissen, ob und wie lange wir diese Gebäude weiter nutzen wollen. Dazu muss der Bedarf möglichst langfristig geklärt sein. In Wetter ist es bislang zu häufig so gelaufen, dass wir erst investieren und dann über Schließungen diskutieren. Oder aber die Dinge bleiben in der Schwebe: Weil wir nicht so genau wissen, was wir wollen und können oder die öffentliche Diskussion scheuen, wird weiter betrieben, aber nichts mehr investiert, bis sich die Sache dann vielleicht von selbst wegen Unattraktivität erledigt. Das sich dies ändern muss, ist aus unserer Sicht auch eine Erkenntnis aus den aktuellen Beratungen.

Wenn ich eben gesagt habe, dass wir in der interfraktionellen Runde in großer Offenheit und ohne Tabus Möglichkeiten der Entlastung für zukünftige Haushalte diskutiert haben, so muss ich nun eingestehen, dass diese Offenheit in kleiner politischer Runde einen hohen Preis hatte und hat. Für uns stand im Vordergrund die Absicht, in der Politik nicht mehr gegeneinander um Lieblingsprojekte und Klientelpolitik zu fechten, sondern gemeinsam einen gangbaren und für die Stadt sinnvollen Weg zu finden, wie wir in Zukunft wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen. Für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Vereine, Institutionen und Schulen sah es so aus, dass wir hinter verschlossenen Türen und ohne jegliche Beteiligung über ihr Schicksal beschließen. So wie in diesem Jahr der Ablauf gewesen ist, halte ich diese Kritik für berechtigt. Der gut gemeinte Ansatz verbunden mit einem ungünstigen zeitlichen Ablauf hat tatsächlich dazu geführt, dass die Öffentlichkeit und Betroffene lange nicht beteiligt wurden. Es hat keine Diskussionen in den öffentlichen Fachausschüssen gegeben, weil die Beratungen in der interfraktionellen Runde noch nicht abgeschlossen waren. Zu spät haben wir gefordert, noch eine Bürgerinformation vorzusehen. Das darf so nicht noch einmal laufen.

Damit sei nicht gesagt, dass der Ansatz, interfraktionell über die Ausrichtung des Haushaltes zu beraten falsch sei. Wir halten das nach wie vor für richtig und wichtig. Wir schlagen daher vor, dass wir vor der Erstellung des Haushaltsentwurfes in interfraktioneller Runde die Eckdaten für den Haushaltsentwurf besprechen, der dann mit breiter öffentlicher Beteiligung diskutiert werden kann. Das ist uns in früheren Jahren schon gelungen. Wir hatten ein solches Vorgehen übrigens auch im Sommer 2014 für 2015 vorgeschlagen.

Interessant war übrigens auch, dass im Lichte der Öffentlichkeit vorher intern diskutierte Einsparmöglichkeiten in sich zusammenfielen wie ein Kuchen, der zu früh aus dem Ofen genommen wird. Den Anfang machte die SPD: Während sich noch alle anderen Fraktionen an die Vereinbarung hielten, nicht öffentlich Stellung zu nehmen zu möglichen Schließungen von Einrichtungen, erklärte sie, sie stehe in Treue fest zur Elbschehalle. Es mag Vorteile bringen, Andere zum Schweigen zu veranlassen, um dann für eigene Verlautbarungen besser Gehör zu finden. Integer ist das nicht. Aber – und das haben wir leider zu spät bemerkt – da war ja auch schon wieder das Ende der Gemeinsamkeit gekommen.

Eine weitere Lehre aus unserem diesjährigen Experiment ist also auch, dass Öffentlichkeits- und Bürgerbeteiligung das A und O für mögliche Veränderungen ist. Und zwar nicht nur aus der Überzeugung heraus, dass es sowieso richtig und wichtig ist, die BürgerInnen in Bezug auf die Entwicklung in ihrer Stadt zu beteiligen. Sondern auch ganz praktisch, weil Maßnahmen für die Fraktionen auch öffentlich durchhaltbar sein müssen. Was nützt es, Vorschläge zu machen, wenn man hinterher nicht öffentlich dazu steht?

Doch nun endlich auch ein paar Worte konkret zum Haushalt 2015

Wir haben mit 2014 ein unter Haushaltsgesichtspunkten sehr schwieriges Jahr hinter uns. Ein Teil der Misere war allerdings insofern hausgemacht, als die Ansätze bei den Erträgen im Haushaltsplan 2014 an einigen Stellen zu hoch waren

Im ersten Quartal 2014 zeigte sich, dass die sehr optimistisch geschätzten Gewerbesteuererinnahmen im Ist weit unter den Erwartungen lagen: es ergab sich, auf das Jahr gerechnet, ein zusätzliches Defizit von ca. 4,5 Millionen €,m das offenkundig nicht nur auf Einmaleffekten beruht.. Es dauerte dennoch bis zum Herbst des Jahres 2014, bis ein Nachtragshaushaltsentwurf vorgelegt wurde: allerdings ohne überzeugende Einsparungs- bzw. Deckungsvorschläge. Als in der Ratssitzung Ende November wesentliche Änderungen als Tischvorlage eingebracht werden sollten, platzte auch einigen zurückhaltenden Ratsmitgliedern der Kragen und der Nachtragshaushalt wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Folge war eine Liquiditätsklemme: Der beschlossene Rahmen der Liquiditätskredite reichte nicht mehr aus. Der Rat musste auf Antrag des Kämmerers eine Erhöhung der Liquiditätsgrenzen beschließen, obwohl nicht alle Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens ausgeräumt wurden.

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 war schon bei der Einbringung in den Rat überholt: es hatte sich inzwischen ein weiteres Haushaltsloch in Höhe von 1,5 Millionen € aufgetan.

In dieser Situation konnte es gar keine andere Möglichkeit geben, als den Versuch, dass alle gemeinsam nach Lösungsmöglichkeiten suchen.

Allerdings war die Runde bald festgefahren, zum Teil, weil Zahlen und Hintergrundinformationen fehlten, zum Teil aber auch, weil nicht auf allen Seiten die Bereitschaft gleich groß war, die eigenen Lieblingsprojekte in Frage zu stellen.

Bei längerer Befassung zeigte sich aber auch, dass alle Überlegungen auf die Alternative hinauslaufen: Schließen wir für den Haushaltsausgleich in 2022 Einrichtungen wie das Freibad oder Mehrzweckhallen und zerschlagen damit Strukturen, die wir nie wieder aufbauen können? Die Gewichtung der in Frage stehenden Schließungen fällt allerdings aus unserer Sicht unterschiedlich aus. Wir haben einige Veranstaltungsräume, aber nur ein Freibad. Und ich mag mir nicht vorstellen, wie das Schwimmen in der Ruhr sich weiter entwickelt, wenn wir kein Freibad mehr haben.

Oder können wir in zumutbarer Weise die Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuern erhöhen, um so das Defizit in 2022 auszugleichen? Können wir den BürgerInnen erklären, dass sie mehr bezahlen müssen, wenn ihnen lieb gewordene städtische Leistungen erhalten bleiben sollen?

Leider fehlte bei der interfraktionellen Runde die gemeinsame Auswertung. Eigentlich sollten die Varianten – Schließung verschiedener Einrichtungen einschließlich Rückzahlung von Fördergeldern, Steuererhöhungen oder eine Kombination von beidem – gemeinsam simuliert werden. Das hat die Verwaltung dann aber nicht gemacht. Warum nicht – das müssen Sie den Kämmerer und den Bürgermeister fragen.

Also haben wir wieder einmal selbst gerechnet. Danach war klar: Die in der Kürzungsdiskussion angesprochenen Objekte sind allesamt noch derart mit Fördermitteln belegt, dass eine Schließung zum jetzigen Zeitpunkt keinen wirtschaftlichen Vorteil bringt. Ich gestehe, wir waren in gewisser Weise froh über dieses Ergebnis, weil es uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt der schwierigen Entscheidung über mögliche Schließungen des Freibades oder der Veranstaltungsräume enthebt. Wer zerschlägt schon gerne Porzellan?

Aber ich sage bewusst: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Mit jedem Jahr, in dem wir das Freibad und auch den Stadtsaal weiter betreiben, verdienen wir den jährlichen Anteil der

Rückzahlungsverpflichtung. Das heißt aber auch, dass eine Schließung aus wirtschaftlicher Sicht mit jedem Jahr weniger nachteilig wird.

Wenn wir jetzt feststellen, dass der Haushaltsausgleich 2022 mit schmerzhaften, aber immer noch vertretbaren Erhöhungen von Grund- und Gewerbesteuer darstellbar ist, ohne dass wir die Leistungen kürzen heißt das nicht, dass jetzt alles in Ordnung ist. Der Haushaltsausgleich ist hauchdünn. Geringfügige Veränderungen auf dem Weg dort hin können ihn unversehens wieder zunichte machen. Es kann durchaus sein, dass wir uns bis 2022 doch noch zu weiteren Steuererhöhungen durchringen müssen.

Auf jeden Fall müssen wir die Zeit nutzen, um intensiv, offen und transparent über die Anpassung von Strukturen zu reden und zu entscheiden. Wir brauchen ein Konzept, wie wir die Schullandschaft den sinkenden Kinderzahlen anpassen. Wir müssen auf fundierter Grundlage darüber diskutieren, ob der Verzicht auf eine Veranstaltungshalle einen ernsthaften kulturellen Verlust bedeutet und wann der richtige Zeitpunkt dafür ist. Und wir müssen vielleicht auch noch mal über das Freibad reden. Wir wollten übrigens eine fundierte Diskussion über ein Bäderkonzept, bevor das Hallenbad renoviert wurde. Positiv ist übrigens in diesem Zusammenhang die Diskussion um die Spielplätze zu erwähnen. Dort entwickelt sich gerade eine gemeinsame Kultur, wie wir sie auch für andere Bereiche brauchen.

Unsere Berechnungen und unsere Gedanken zu Möglichkeiten des Haushaltsausgleichs haben wir mit allen Fraktionen geteilt. Wir waren so naiv zu glauben, wir seien immer noch alle um ein gemeinsames Vorgehen bemüht. Zumal man ja miteinander telefonierte und sich weiterer Absprachemöglichkeiten versicherte.

Der Hauptausschuss am 26.3. barg dann einige Überraschungen für uns. Es gab zu Beginn eine umfangreiche Änderungsliste als Tischvorlage. Können Sie über einen Haushalt als Tischvorlage entscheiden? Wir eher nicht. Die SPD schon, aber die weiß ja auch immer mehr als alle Anderen.

Nun ist es ja immer schwer, Ideen und Vorgehensweisen für sich zu reklamieren. Es mögen ja andere Menschen wohl unabhängig, aber in gleicher Richtung überlegen wie man selbst. Aber wenn die Ähnlichkeiten sehr groß sind, macht man sich so seine Gedanken. Wenn dann noch der SPD-Fraktionsvorsitzende im Hauptausschuss eine fertige Haushaltsrede aus der Tasche zieht, nachdem er tags zuvor noch versichert hat, man werde keine Anträge stellen und noch nichts entscheiden, weiß man wieder sehr genau, dass man in Wetter ist.

Die umfangreiche 2. Änderungsliste zum Haushalt haben übrigens die Ratsmitglieder, die nicht im Hauptausschuss waren, bis heute nicht auf offiziellen Wegen erhalten. Weder mit dem Protokoll des Hauptausschusses, noch als Datei. So langsam muss man sich ernsthaft Sorgen machen um Information und Transparenz in Wetter. So werden auch die Protokolle der Sitzungen derartig verkürzt, dass niemand mehr den Diskussionsverlauf nachvollziehen kann. Das trifft übrigens am Härtesten die BürgerInnen, die sich noch dafür interessieren, was im Wetteraner Rat und seinen Gremien verhandelt wird. Bürgerbeteiligung sieht anders aus.

Ich muss in diesem Punkt die geplante Rede aktualisieren: Eine neue dritte Änderungsliste, die übrigens eigentlich die 5. Änderungsliste ist, weil es zwei erste und zwei dritte Listen gibt – es lebe das Chaos – wurde gestern als Datei verschickt. Allerdings anscheinend nur an die Fraktionsvorsitzenden. Oder sind andere im BCC? Wenn ich eine Mail von der Verwaltung erhalte, weiß ich nie, ob ich sie weiterleiten muss oder ob die Ratsmitglieder schon im Verteiler sind. Nebenbei muss ich auch noch trennen, was ich an die Ratsmitglieder und was ich an die sachkundigen BürgerInnen weiterleite. Das kann doch so nicht sein! Dieses Beispiel zeigt sehr gut, dass wir auf dem Weg zum digitalen Sitzungsdienst ganz dringend gemeinsam Regeln entwickeln müssen.

Doch zurück zum Haushalt:

Wir werden diesem Haushalt zustimmen, auch wenn wir damit tiefe Wunden in Kirsten Stichs Feindbild schlagen, die ja glaubt, dass wir eigentlich nur da sind, um immer ein Haar in der Suppe zu finden.

Es gibt in der Tat auch noch eine ganze Menge von Punkten, die uns Bauchschmerzen bereiten:

- die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 liegen noch nicht einmal im Entwurf vor. Wir kennen also den Vermögensstand der Stadt nicht,
- die jährlichen Steigerungen der Gewerbesteuern sind nach Ansicht der Grünen unrealistisch,
- für das geplante Gewerbegebiet Am Stork sind lediglich einige Ertragspositionen im Haushaltsentwurf enthalten; die Investitionsausgaben und der daraus resultierende Aufwand fehlen,
- für das geplante Wohnbauprojekt Am Elberg fehlen die notwendigen Investitionen, die der Investor nicht tragen will und kann,
- der geplante Aufwand für AsylbewerberInnen wird angesichts stetig steigender Zahlen nicht reichen, zumal die Kosten deutlich stärker steigen werden, sobald wir zusätzlichen Wohnraum anmieten müssen.
- die Bilanzabschreibungen sind, u.a. im Bereich der Sportplätze, immer noch unplausibel,
- es gibt die schon mehrfach monierten formalen Mängel (so werden immer noch am Jahresende die Rückstellungen für Urlaub und Überstunden ertragswirksam aufgelöst und am Jahresanfang in voller Höhe per Aufwandsbuchung in der ursprünglichen Höhe wieder als Rückstellung in die Bilanz eingestellt) etc.

Dennoch werden die Grünen dem Haushaltsentwurf zustimmen, weil zum ersten Mal, seit die Stadt in der Haushaltssicherung ist, ernsthafte Gespräche geführt wurden und Vorschläge gemacht werden, den Haushaltsausgleich zum vorgegebenen Termin zu schaffen. Ein weiterer Grund ist natürlich, dass wir schlecht gegen unsere eigenen Vorschläge stimmen können, wenn sie dankenswerter Weise ohne Absprache mit uns aufgegriffen werden.

Um auf meine einleitenden Worte zurück zu kommen:

Es ist nicht alles gut gelaufen bei diesen Haushaltsverhandlungen: Bürgerbeteiligung mangelhaft, der Umgang miteinander am Ende dann leider auch noch. Aber der Ansatz war richtig. Es kommt jetzt darauf an, was wir daraus machen. Für den Haushalt 2016, der ja sozusagen vor der Tür steht, erwarten wir demnächst die Einladung, die Eckpunkte zu besprechen.

AfD-Ratsfraktion-Wetter / Hermann-Henning-Straße 23 / 58300 Wetter (Ruhr)

## **Pressemitteilung**

Rat 16.04.2015

### **Fraktionsvorsitzender**

Christopher David Krüger  
Hermann-Henning-Str. 23  
58300 Wetter  
Telefon: 0178/8752512  
E-Mail: c.krueger@afd-wetter.de

.....  
16. April 2015

### **Haushaltsrede:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Einwohner der Stadt Wetter (Ruhr),

Rainer Peitz und ich sind die Neuen im Rat der Stadt Wetter (Ruhr) und bevor ich zum Haushalt komme, möchte ich mich im Namen der AfD-Fraktion bei den Ratskollegen für das kollegiale Miteinander bedanken.

Auch die interfraktionellen Sitzungen haben uns gezeigt, dass wir uns Alle Gedanken über unsere wirtschaftliche Situation in Wetter gemacht haben und auch weiter machen werden.

Die AfD-Fraktion steht wie alle anderen Fraktionen vor einem Dilemma. Anliegend zeigt uns der Verschuldungsgrad, der in den Jahresabschlüssen vorliegt, dass unser Verschuldungsgrad von 2009 auf 2013 um 30,4% gestiegen ist! Während wir am 31.12.2008 einen Verschuldungsgrad von 69,8% hatten, haben wir zum 31.12.2012 einen Verschuldungsgrad von 100,2% erreicht. Aus diesem Grund sind wir jetzt schon auf die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 gespannt. Dabei kommentiert die Verwaltung im Jahresabschluss 2012: „Der hohe Bestand an Liquiditätskrediten wird aus Finanzsicht als problematisch erachtet!“ Auch weitere Zahlen, wie die Nutzungsdauer von städtischen Objekten erscheinen uns zu optimistisch kalkuliert. So werden die städtischen Objekte mit der höchsten Nutzungsdauer beziffert, die möglich ist.

Dadurch sinken die Abschreibungen der Objekte, auf die Jahre gesehen. Allerdings können Sonderabschreibungen durch Objekte passieren, die vor der vorgeschriebenen Nutzungsdauer bspw. abgerissen werden. Dadurch entsteht ein Loch im Eigenkapital, wie es bei uns schon passiert ist.

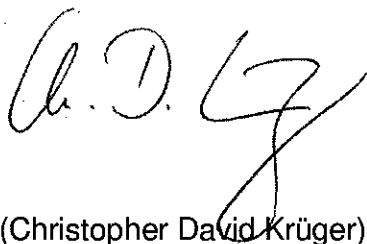
Weitergehend ist der Schuldenstand nicht nur auf die erhöhte Kreisumlage, oder auf die erhöhten Kosten im Bereich Soziales zu fassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nein, sie sind lediglich weitere Klötze auf unserem Rücken, die wir schleppen müssen. Allerdings haben uns diese Klötze nicht vor den Abgrund geführt...!

Aus diesem Grund haben wir die letzten Wochen unsere Bürger befragt, was sie zukünftig haben möchten. Sollen wir unsere öffentlichen Gebäude halten, oder sollen wir eher die Grund- und Gewerbesteuer erhöhen? Bei dieser Umfrage haben wir ein eindeutiges Ergebnis bekommen, welches uns sagt, dass eine Steuererhöhung das Letzte wäre, was unsere Bürger haben möchten. Dazu kommt, dass der Rat erst Anfang 2014 die Grundsteuer B von 460 auf 490 Punkte angehoben hat und der Plan im Haushalt eine Erhöhung auf 660 Punkte für das Jahr 2022 vorsieht.

Vor diesem Hintergrund wird die AfD-Fraktion keinem Haushalt zustimmen, solange wir keine klaren Sparmaßnahmen im Rat definiert haben!

Dabei können Sie sich sicher sein, dass uns jegliche Freizeitaktivität wichtig ist, aber wir durch die finanziellen Defizite der Vergangenheit eingeholt wurden! Aus diesem Grund lassen Sie uns nun gemeinsam den Schulden entgegenstellen. Danke.

Mit freundlichen Grüßen



(Christopher David Krüger)

**Fraktion im Rat der Stadt  
Wetter (Ruhr)**

Der Vorsitzende

**André Menninger**

*Privatadresse:*

Breslauer Str. 5

58300 Wetter (Ruhr)

Telefon 0 23 35 - 9 67 90 24

Mobil 0 17 2 - 2 66 79 87

E-Mail: [menninger@fdp-en.de](mailto:menninger@fdp-en.de)

Web: [www.fdp-wetter.de](http://www.fdp-wetter.de)

Wetter (Ruhr), 22.04.2015

FDP Ennepe-Ruhr • Breslauer Str. 5 • 58300 Wetter

Herrn Bürgermeister Frank Hasenberg

Rathaus

58300 Wetter (Ruhr)

## **Rede zum Haushalt 2015**

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrter Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren des Rates!

Zu Beginn meiner ersten Haushaltsrede möchte ich mich zunächst im Namen der FDP-Fraktion bei unserem Kämmerer, seinem Team sowie der gesamten Verwaltung bedanken. Trotz dünner Personaldecke und der extrem angespannten finanziellen Lage haben sie uns erneut einen genehmigungsfähigen Haushalt inklusive Haushalts sicherungskonzept zur Entscheidung vorgelegt.

Meine Damen und Herren,  
vor uns liegt der Haushalt 2015 zur Entscheidung und hinter uns viele Woche der intensiven Beratung und Diskussion über das Zahlenwerk sowie die besten Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Wetter!  
Die finanzielle Situation unserer Stadt ist seit Jahren alarmierend und spitzt sich immer weiter zu. Die Zeiten einen Haushaltsplan aufzustellen waren noch nie so schwierig. Spätestens seit der Haushaltssperre durch den Kämmerer im letzten Jahr aufgrund von weggebrochenen Gewerbesteuer einnahmen dürfte jedem klar sein, wie dramatisch die Auswirkungen sein können und wie fragil das Haushaltssicherungskonzept eigentlich ist.

Wie stellt sich die Situation der Kommunen in NRW dar?  
Bund und Land lassen die Kommunen im Stich! Annähernd die Hälfte aller Kommunen in NRW befinden sich in der Haushaltssicherung. Während man sich in Berlin für die sogenannte „schwarze Null“ feiern lässt, leiden wir vor Ort unter stetig steigenden Pflichtaufgaben. Die Kommunen sind seit Jahr und Tag strukturell unterfinanziert. Wetter leidet unter sehr hohen Transferaufwendungen, die steigenden Fallzahlen im Bereich der Asylbewerber stellen hier aktuell eine weitere hohe Last dar und auch die Leistungen der Jugendhilfe sind seit Jahren auf einem sehr hohen Niveau. Ein Punkt, den die FDP-Fraktion schon lange kritisiert und wo wir noch Einsparpotenzial sehen. Die Gemeindeprüfungsanstalt bestätigt diese Einschätzung im Übrigen. Hinzu kommt die von der Landesregierung aufgezwungene und völlig sachfremde Abundanzumlage, die Wetter

Reichtümer unterstellt, die wir als FDP-Fraktion in keiner Weise sehen können – in Summe eine zusätzliche Belastung von 185.000 € allein bis zum Jahr 2018. Insgesamt machen die Transferaufwendungen somit im Wetteraner Haushalt annähernd die Hälfte der in 2015 veranschlagten 62,5 Mio. € an Aufwendungen aus!

Meine Damen und Herren,  
das umschreibt in aller Kürze die Situation, wie sie sich hier aus unserer Sicht vor Ort darstellt. Unsere Einflussmöglichkeiten sind, wie bekannt, sehr beschränkt und werden wohl in Zukunft auch weiter abnehmen. Die uns von extern gesteckten Rahmen lassen kaum einen Handlungsspielraum zu. Kritik in Richtung der Verwaltung bezüglich fehlender Jahresabschlüsse oder in Richtung der Politik bezüglich der einen oder anderen Entscheidung mögen im Einzelfall berechtigt oder aus individueller Sicht vertretbar sein, sind jedoch keineswegs Kern des Problems!  
Die Frage ist doch, wie der Wetteraner Rat heute und in Zukunft mit dieser Situation umgehen wird?

Aus Sicht der FDP-Fraktion gibt es zwei Möglichkeiten:

Entweder wir verfallen in Resignation und betrachten die Lage als ausweglos. Wir verharren in alten Schützengräben mit gegenseitigen Vorwürfen, verfolgen weiterhin unbeirrt nur die eigenen Interessen und gefährden damit die Handlungsfähigkeit des Rates nachhaltig. Wir warten auf das Eintreffen des Sparkommissars und weisen jegliche Verantwortung von uns in Richtung höherer Ebenen ab. Aus anderen Kommunen ist bekannt, dass sich der Sparkommissar keine großen Mühen machen wird. Die Steuern würden in solche schwindelnden Höhen getrieben, dass sie das Defizit ausgleichen und die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen vor Ort vollumfänglich die Rechnung tragen – ohne jegliche Sachanalyse oder gar Priorisierung. Wollen wir das wirklich? Erwarten das die Bürger und Unternehmen in Wetter von ihrem Stadtrat? Verabschieden wir uns von jeglicher Stadtentwicklung, die ohne genehmigten Haushalt unmöglich ist?

Die andere Möglichkeit ist, dass der Rat dem Appell des Bürgermeisters folgt „gemeinsam an einem Strang zu ziehen und daran zu arbeiten, dass wir auch in 2015 erneut einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen“. Das bedeutet, die Situation anzunehmen, Verantwortung zu tragen und natürlich auch schmerzliche Entscheidungen zu treffen, in dem man Prioritäten setzt und auch selbst „Kröten schluckt“. Genau für diese zweite Möglichkeit hat sich die FDP-Fraktion entschieden und ich denke, dass auch genau dies die Wetteraner Bürgerinnen und Bürger von ihren gewählten Ratsmitgliedern zu Recht erwarten!

Daher freuen wir uns über die Entwicklung der interfraktionellen Zusammenarbeit seit der Einbringung des Haushaltsentwurfes. Wir haben uns in vielen Besprechungen über mehrere Stunden zusammengesetzt und haben jeden Stein in Wetter umgedreht. Wir haben dabei intensiv alle Zahlen und Fakten analysiert, diskutiert und um Lösungen gerungen. Alles unter der Maxime eines darstellbaren Haushaltsausgleichs im Jahr 2022 und der damit verbundenen Handlungsfähigkeit vor Ort! Bei der Suche nach tolerierbaren Einsparungen mussten wir an manchen Stellen vor den Zwängen des NKFs zurückstecken. Aber im Ergebnis denke ich, dass diese Haushaltsberatungen schon auch Früchte getragen haben. Ich hoffe, dass das Ergebnis dieses positiven Prozesses auch heute von einer breiten Mehrheit getragen wird.



Am Ende steht nun ein Haushaltssicherungskonzept, das den Ausgleich im Jahr 2022 darstellt. Dahinter stecken Einsparungen, die wehtun, keine Frage. Es wäre falsch zu behaupten, dass Einsparungen niemanden treffen würden oder unbemerkt blieben, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Darüber hinaus werden Stadtbetrieb und Sparkasse in Zukunft stärker an der Konsolidierung des Haushalts beteiligt. Mit Hilfe einer neuen Konzeptionierung der Jugendarbeit durch externe Beratung soll diese modern und zukunftssicher ausgestaltet werden und den Fokus auf die aufsuchende Arbeit legen. Eine Forderung, die die FDP schon lange vertritt. Dadurch soll nach Möglichkeit auch der Weg zum Verkauf der Dorfschule in Wengern endlich geebnet werden.

Darüber hinaus werden heute - auch mit Unterstützung der FDP-Fraktion- die HSK Position „Flächenmanagement“ ab 2020 um 75.000 € sowie die HSK-Position „Mehrzweckgebäude“ ab 2018 um 20.000 € erhöht. Wir sind gezwungen die Infrastruktur in der Stadt zukunftssicher zu gestalten und den Gegebenheiten anzupassen.

Ein weiterer Haushaltsantrag betrifft das in den letzten Wochen auch in der Presse viel diskutierte Freibad. Die FDP-Fraktion ist heute, wie damals, davon überzeugt, dass sich eine Stadt wie Wetter leider kein Freibad leisten kann. Ich zitiere hier aus der Haushaltsrede von Frau Hülshoff aus dem Jahr 2005: „Mit dem Freibadbeschluss werden unserer Meinung nach die Weichen in Wetter falsch gestellt. Ein Projekt, das nur von ungefähr 5% der Wetteraner genutzt wird und etwa ein Dreivierteljahr brach liegt.“ Hier haben sich die damaligen Bedenken der FDP-Fraktion bestätigt. Die Nutzerzahlen lassen keinen kostendeckenden Betrieb zu. Der städtische Zuschussbedarf liegt umgerechnet bei etwa 12 € pro Besucher. Dies ist in Anbetracht der Haushaltslage unserer Meinung nach nicht mehr vermittelbar. Daher ist es folgerichtig, nun über eine Schließung nachzudenken. Dies ist aber kein sportpolitischer Kahlschlag, wie es unter anderem auch in der Presse dargestellt wurde. Mit diesem Antrag ist eine sachliche Diskussionsgrundlage für die betroffenen Ausschüsse gefordert, natürlich auch unter Betrachtung einer möglichen Folgenutzung des Areals.

Meine Damen und Herren,

all diese Einsparungen reichen aber leider nicht aus, um einen Ausgleich im Jahr 2022 darzustellen. Daher ist auch die FDP-Fraktion gezwungen, die zu Beginn meiner Rede genannten „Kröten“ zu schlucken. So sieht das Haushaltssicherungskonzept auch weitere Steuererhöhungen vor. Diesen stimmen wir nur sehr ungern zu, sehen aber ein, dass es ohne nicht möglich ist, in Wetter handlungsfähig zu bleiben. Wir verbinden unsere Zustimmung aber nachdrücklich mit der Forderung, dass jegliche zukünftige Mehreinnahme direkt für eine Reduzierung dieser Steuersätze eingesetzt wird und nicht neue Begehrlichkeiten weckt! Daher ist es auch richtig, nicht direkt „einen großen Schluck aus der Flasche zu nehmen“, sondern in den Folgejahren die Sätze anzupassen. Das bietet an dieser Stelle die Flexibilität, auf zukünftige Entwicklungen zu reagieren.

Eine weitere Chance, die kommunalen Haushalte im Ennepe-Ruhr-Kreis zukünftig zu konsolidieren, sieht die FDP-Fraktion im „Solidarpakt Ennepe-Ruhr“. Das auf Anregung der FDP im Kreistag gemeinsam mit der SPD und den Grünen beantragte Projekt, stellt bisher nur ein Ziel dar. Es legt den Fokus auf die interkommunale Zusammenarbeit und soll die politischen Akteure im Kreis an einen Tisch bringen. Hier sehen wir die Chance, dass sich der Kreis aktiv an der Entlastung der Kommunen beteiligt und gemeinsam detailliert analysiert wird, ob gewisse Aufgaben nicht auch von einer Verwaltung für andere mit übernommen werden können. Gleichzeitig bietet es den Kommunen die Möglichkeit, stärker als bisher im Kreis Gehör zu finden. Die FDP-Fraktion könnte sich hier

Vieles vorstellen, als Beispiel können sämtliche Aufgaben im sogenannten Back-Office genannt werden: Dem Bürger wird es zunächst egal sein, ob sein Grundsteuerbescheid in Wetter, in Schwelm oder Witten erstellt wird, Hauptsache er fällt so gering wie möglich aus. Hier sieht die FDP-Fraktion Chancen zu weiteren Einsparungen zu kommen und wird auch einen Antrag zu diesem Projekt im Mai in den Rat einbringen.

Meine Damen und Herren,

mit dem im Haushalt und Haushaltssicherungskonzept dargestellten Zahlenwerk ist die Handlungsfähigkeit vor Ort trotz schwieriger Lage gesichert und die Entscheidungen bleiben, wo sie hingehören: im Wetteraner Rat.

Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass sich diese Anstrengungen lohnen. Wir sehen die Zukunft unserer Stadt trotz aller Sparanstrengungen positiv. Wer von ihnen am vergangenen Sonntag das schöne Wetter genutzt hat, um einen Besuch beim verkaufsoffenen Sonntag in der neuen Mitte zu machen, wird mir hier sicher zustimmen. Die Innenstadtentwicklung wurde auch mit Stimmen der FDP-Fraktion möglich. Gleiches gilt für den Seeplatz oder die wichtigen Baugebiete „An der Borg“ und „Sunderweg“.

Aber die FDP-Fraktion fordert auch für die Zukunft die richtigen Weichenstellungen:

Das Gewerbegebiet „Am Stork“ muss endlich erschlossen werden! Hier möchte ich auch an die Gegner dieses Projektes appellieren: Auch wenn man politische Entscheidungen anders sehen mag, so gehört es meiner Auffassung nach in der Demokratie auch zum guten Ton, Mehrheitsentscheidungen irgendwann zu akzeptieren. Die FDP-Fraktion hat dies in der Vergangenheit auch schon getan: Stichwort Sekundarschule. Wir brauchen die Unternehmen und deren Arbeits- sowie Ausbildungsplätze in Wetter! Die Wetteraner Unternehmen erwirtschaften jährlich etwa ein Drittel der städtischen Einnahmen. Die Gewerbesteuer finanziert unsere Infrastruktur vor Ort! Wir müssen den Firmen endlich die Möglichkeit für Expansion oder Neuansiedlung bieten!

Darüber hinaus fordert die FDP-Fraktion für die geplante Kinderbetreuung im Schöntal eine KiTa nach modernsten Standards, mit modernen Konzepten sowie mit Öffnungszeiten, die den Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirklich helfen. Die Grundsatzentscheidung für die Investorenlösung ist getroffen. Nun gilt es auch die Kinderbetreuung in Wetter zukunftssicher zu gestalten. Die FDP-Fraktion arbeitet hieran gerne mit!

Meine Damen und Herren,

am Ende eines langen Beratungsprozesses und schwierigen Entscheidungen haben wir nun über das Gesamtwerk „Haushalt“ zu befinden:

Die FDP-Fraktion wird der Haushaltssatzung und dem Stellenplan 2015 sowie dem Haushaltssicherungskonzept 2015 – 2022 zustimmen.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!

